

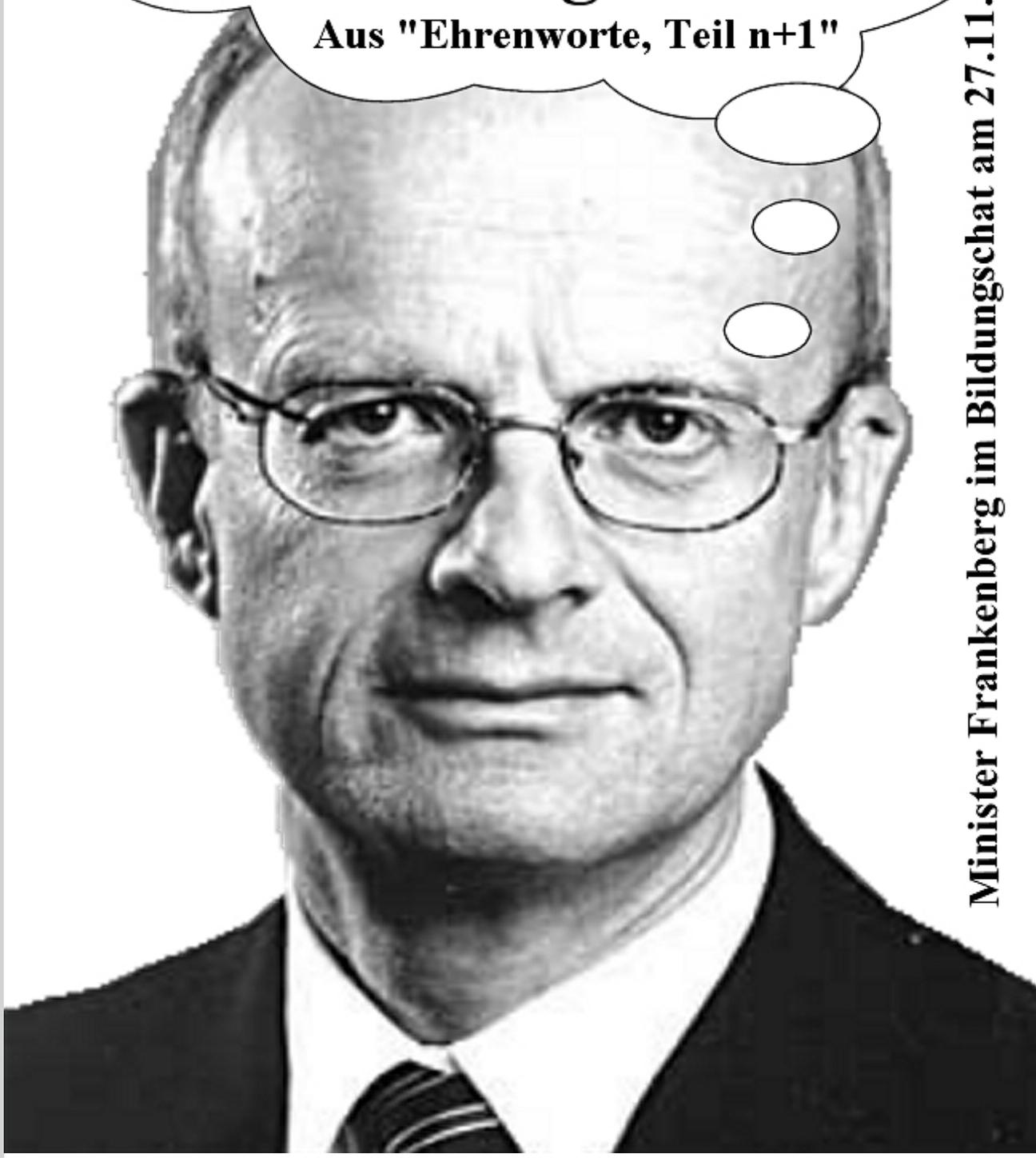
Ausgabe
7/Dezember
2002



magazin

**Der Personal-
bestand der Hoch-
schulen ist gesichert!**

Aus "Ehrenworte, Teil n+1"



Minister Frankenberg im Bildungschat am 27.11.

Für Fehler und Schrift haftet der Stift

Die Dönerbuden brennen, denn es ist Dönerkrieg!

Dieses Eindrucks kann man sich im Moment schlecht erwehren, wenn man durch die ersten hundertfünfzig Meter der Kaiserstraße schlendert. Dort gibt es jetzt endlich wieder mehr Dönerbuden.

Auf den ersten Blick könnte man meinen die Vielfalt der angebotenen „Waren“ hätte sich vergrößert. Denn schließlich gibt's da jetzt 'nen Mexikaner. Und was hat der auf der Speisekarte? Richtig, Döner. Juhu, der Döner hat den Sprung über den großen Teich geschafft. Ich wünsche mir, daß die Chinesen jetzt auch endlich Döner anbieten. Wozu? Weltfrieden und Döner für alle. Fehlen würden dann nur noch afrikanische, australische und antarktische Döner. Man könnte dann auch so bunte Fähnchen mit den jeweiligen Flaggen reinspiessen, damit der Dönerkonsument auch weiß, aus welchem Land dieser Döner nun kommt.

Was hat der Verbraucher nun davon? Niedrigere Preise, besseres Essen? Das mit den niedrigeren Preisen stimmt sogar. Allerdings nur bis zum 12. Dezember gibt's bei einem Anbieter, dessen Namen wir nicht nennen wollen, den Döner für sage und schreibe 2 Euro. Das ist dann ja genau so teuer wie ein Döner in vielen anderen Städten Deutschlands.

Warum ist der Döner in Karlsruhe ansonsten so teuer? Na, weil hier die Qualität stimmt. Wir bekommen nur Fleisch von Premium-Kälbern und die Tomaten kommen aus den schönsten Glashäusern der Welt.

Was kann man gegen die hohen Preise, auch wenn sie ja wie oben bewiesen absolut berechtigt sind, machen? Da die 3,50 Euro ja 'ne eindeutige Preisabsprache sind, könnte man vielleicht das Bundeskartellamt einschalten oder die WTO. GATS versus Karlsruher Dönermafia. Also liebe Studis, meldet euch doch mal beim Bundeskartellamt und fragt nach, wie das nochmal mit der Preisabsprache war und ob da irgendwelche Strafen winken (<http://www.bundeskartellamt.de/>).

Ach und da gibt es noch was richtig Gutes zum Preisvergleich: <http://www.doener365.de/>. Da kann mensch beispielsweise rausfinden, daß bei Döner Rose in Hamburg so ein gutes Stück nur 2 Euro kostet. Und bei Elbistan in Berlin-Neukölln kostet ein Hühnchendöner angeblich sogar nur 1,50 Euro. Das kann ja gar nicht möglich sein, da bekommt man bestimmt statt 'nem Yufka ein Stück Zeitung außenrum.

Dann rutscht mal gut in's neue Jahr und nehmt 'nen Döner mit.

(jw)

Inhalt:

- 3: Semesterbeitragserrhöhung
- 4: Beitragserrhöhung gegen Wohnheimbau
- 10: Fricard / Schöne, neue Chipkartenwelt
- 12: Impressum
- 13: Weihnachtsgeld: 500 Euro
- 14: Landes-ASTen-Konferenz zu Studiengebühren
- 15: Die Bahn auf dem Abstellgleis
- 16: Führung durch das Kernkraftwerk Philipsburg / Wie sicher ist Kernenergie?
- 18: Der AK Menschenrechte informiert: Miss-Wahl in Nigeria
- 20: Kurz Notiert / Termine

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

für die „Weihnachtsausgabe“ haben wir uns noch einmal besonders ins Zeug gelegt und Euch eine hoffentlich interessante Mischung zusammengestellt. Für die gute Zusammenarbeit möchten wir uns bei Niels van Remmerden und dem AK Menschenrechte bedanken. Besonders froh sind wir, dass Umag trotz einiger Widrigkeiten (Dateien verschwinden machnmal einfach von heute auf morgen) mit nicht zu großer Verspätung herausbringen zu können.

Viel Spaß beim Stöbern wünscht Euch

Euer UStA!

(mc)

HelferInnen gesucht!

Am 25.01.03 ist das Uniwinterfest und damit auch alles reibungslos abläuft, brauchen wir wie immer ganz viele HelferInnen für Catering, Auf- und Abbau, Spülen, Garderobe und vieles mehr. Tragt euch doch einfach im Mensa-Foyer in die Helferlisten ein.

Euer Festkomitee

Semesterbeitragserhöhung

Eine Chronik

Dienstag, der 26.11.02

Das Studentenwerk ruft im UStA an, und fragt nach, ob zusätzlich zu dem designierten studentischen Vertreter Niels van Remmerden noch jemand vom UStA zu der Vorbesprechung zum Verwaltungsrat kommen kann, es würde ein wichtiges Thema besprochen werden.

Mittwoch, der 27.11.02

13:30h Niels van Remmerden und Roger Huckle (UStA-Vorsitz) treffen sich im UStA-Büro und gehen gemeinsam zu der Vorbesprechung mit dem Studentenwerk.

14:00h Die wöchentliche UStA-Sitzung beginnt ohne Roger Huckle, der noch in der Besprechung ist.

15:00h Roger Huckle und Niels van Remmerden kommen aus der Vorbesprechung direkt in das UStA-Büro und berichten sofort: Das Studentenwerk sieht keine andere Möglichkeit, eine Erweiterung der Wohnheimplätze zu finanzieren, als den Semesterbeitrag des Studentenwerkes um 5 Euro zu erhöhen. Die UStA-ReferentInnen und Niels beratschlagen das weitere Vorgehen. Der Vorschlag, dem Studentenwerk anzubieten, einer Erhöhung des Semesterbeitrags um 2,50 EUR beizustimmen, wenn das Land den Rest (also 2,50 EUR pro Studierenden und Semester) zahlt, wird angenommen. Weiter wird beschlossen, mit diesem Thema an die Presse zu gehen und die Studierenden zu informieren. Malte Cornils (UStA-Aussenreferent) informiert zusätzlich die ASten der anderen Karlsruher Hochschulen, die von dieser Semesterbeitragserhöhung genauso betroffen wären. Eine Pressemitteilung wird verfaßt, die an diesem Abend noch an alle wichtigen Presseorgane rausgeht und ein Flyer wird hergestellt.

Donnerstag, der 28.11.02

10:00h Der Flyer wird in der SSV-Druckerei gedruckt und anschliessend in der Mensa ausgelegt.

12:00h Die Studierendenvertreter der Karlsruher und Pforzheimer Hochschulen treffen sich im UStA zur Besprechung der Lage.

13:15h Die Vertreterversammlung des Studentenwerkes tagt. Die studentischen Mitglieder für den Verwaltungsrat werden gewählt.

14:15h Der Verwaltungsrat tagt. Die studentischen Verwaltungsratsmitglieder werden erst jetzt offiziell über die Tagesordnungspunkte informiert. Bei dem

Was ist der Studentenwerksbeitrag?

Das sind die 51 Euro, die ihr jedes Jahr an die Universität zahlt. Davon gehen 36,20 Euro an das Studentenwerk, der Rest bleibt für die Finanzierung des Semestertickets. Das Studentenwerk gibt einen kleinen Teil der Beiträge weiter an andere Einrichtungen (z.B. das Z10, PBS, Kindertagesstätte). Eine Erhöhung um 5 Euro wäre, ausgehend vom StuWe-Beitrag, also eine Erhöhung um 15 %. Es gibt keine Erlassung für sozial schwache Studierende.

wichtigsten Punkt, der Wohnheimerweiterung, erklärt das Studentenwerk, dass es nicht in der Lage ist aus eigenen Mitteln eine Erweiterung um 200 Wohnheimplätze zu bezahlen. In einer langen Debatte überzeugen sich die Verwaltungsratsmitglieder davon, dass es beim Studentenwerk keine weiteren Einsparmöglichkeiten gibt. Die Studierenden machen das am Tag vorher ausgearbeiteten Angebot, einen Teil über die Semesterbeitragserhöhung zu finanzieren und die andere Hälfte aus Mitteln vom Land. Die Vertreterin des Landes macht ziemlich schnell deutlich, dass das Land nicht bereit ist, einen finanziellen Beitrag zu leisten, wie hoch auch immer. Der Verwaltungsrat kommt zu keinem Entschluss und vertagt die Entscheidung auf eine Sondersitzung am 15.01.03.

17:30h Die Verwaltungsratsitzung ist beendet, im UStA-Büro wird eine 2. Pressemitteilung verfaßt und gegen 19:00h verschickt.

Was weiter geschieht:

Am *Dienstag, 3.12.*, ist die nächste Sitzung des Studierendenparlamentes.

Niels van Remmerden und der UStA berichten dem StuPa über das Geschehen und es wird beschlossen, eine Uni-Vollversammlung einzuberufen.

Dienstag, 17.12.: Der Geschäftsführer des Studentenwerkes, Herr Igney, hat zugesagt, an diesem Tag bei der StuPasitzung für eine Debatte über die Erhöhung des Semesterbeitrags zur Verfügung zu stehen. Das StuPa wird einen Antrag für die Uni-Vollversammlung diskutieren.

Dienstag, 14. 1.: Uni-Vollversammlung, die über den Beschlußvorschlag aus dem Studierendenparlament entscheidet.

(sk)

Beitragserhöhung gegen Wohnheimbau oder: Wollen Sie lieber Pest oder Cholera?

Worum geht's? Was ist passiert?

Die untragbare Wohnungssituation gerade zu Semesterbeginn ist nicht zuletzt Folge einer kurzsichtigen Politik der Landesregierung, die das Wohnungsangebot in Karlsruhe für Studierende extrem vernachlässigt hat. Es ist Aufgabe der Gesellschaft und somit der Regierung, durch bezahlbare Wohnungen die Ausbildung der jungen Menschen zu ermöglichen. Wohnheime erfüllen diesen Zweck, soweit der private Wohnungsmarkt zur Versorgung nicht ausreicht. Mit Verweis auf die leeren öffentlichen Kassen weigert sich die Landesregierung jedoch, für eine ausreichende Versorgung mit Wohnheimplätzen zu sorgen, obwohl Karlsruhe mit 11% Anteil Studierenden in Studentenwerkwohnheimen unter dem Landesdurchschnitt von 16% liegt. Neben Umbaumaßnahmen und einem geplanten kleinen Neubau in der Nancystraße (ca. 50-70 Zimmer) muß noch viel mehr passieren, um Studis zumindest zu ermöglichen, ein Dach über dem Kopf zu finden. 1000 neue Wohnheimplätze sind dazu mindestens erforderlich. Nun hat die Stadt dem Studentenwerk das Angebot unterbreitet, ein Grundstück in der

Nancystraße kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Beschaffenheit des Baugeländes ließe zu, alle Planungen des gerade fertiggestellten Wohnheims in Pforzheim direkt zu übernehmen. Die Machbarkeit muß umgehend überprüft werden, ansonsten wird die Stadt den noch freien Teil des Grundstückes anderweitig vergeben. Die erforderlichen Mittel für eine Erweiterung des geplanten Neubaus um 200 Wohnheimplätze auf diesem Baugelände stehen aber dem Studentenwerk nicht zur Verfügung. Daher müsste das Studentenwerk einen Kredit zur Finanzierung aufnehmen, die Tilgung könnte mit den letzten Reserven bezahlt werden. Die Zinsen dieses Kredites kann das Studentenwerk hingegen nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen. Das Studentenwerk unterbreitete dem UStA nun den Vorschlag, diese Zinsen durch eine Erhöhung der Studentenwerksbeiträge der Studierenden zu zahlen.

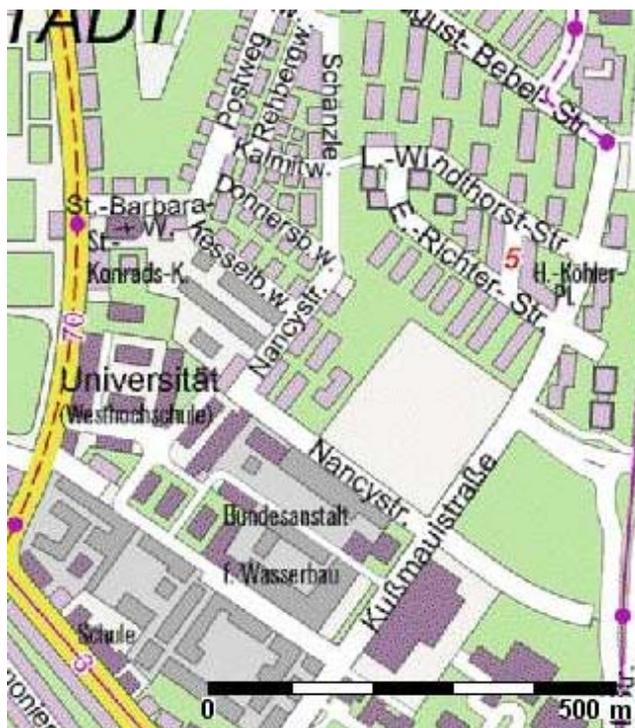
FAQ/Fragen und Antworten

1. Wie ist der aktuelle Status?

Den zeitlichen Ablauf könnt ihr in unserer getrennten Schilderung nachlesen. Nachdem klar wurde, dass binnen eines Tages keine StudivertreterIn darüber entscheiden konnte, den vollen vom Studentenwerk angegebenen Betrag zu zahlen, konnte die Entscheidung auf den 15. Januar vertagt werden. Danach wird die Stadt das Grundstück definitiv anderweitig verwenden. Es ist jetzt für die Studierenden an der Zeit, zu einer Entscheidung über den Vorschlag zu kommen. Das Gremium, welches schließlich für oder gegen die Beitragserhöhung entscheidet, ist der Verwaltungsrat des Studentenwerks, dessen Zusammensetzung von der Vertreterversammlung des StuWes bestimmt wird.

2. Wie teuer ist so ein Wohnheim?

Sechs Millionen Euro für 200 zusätzliche Plätze. Dabei wird das Modell des neu errichteten Studentenwohnheims in Pforzheim übernommen, um Zeit und Kosten zu sparen. Bei Kreditaufnahme mit zehn Jahren Laufzeit beträgt die jährliche Tilgung 600 000 Euro pro Jahr, die Zinsen bei



angenommenen 5 % Zinssatz 300 000 Euro pro Jahr. Die Studierenden der Karlsruher und Pforzheimer Hochschulen sollen also nach dem StuWe-Vorschlag insgesamt 3 Millionen Euro zusätzlich aufbringen. Bei derzeit ca. 30 000 Studierende ergibt das jedes Semester 5 Euro pro Person.

3. Warum soll ich für ein Wohnheim zahlen, obwohl ich in einer Privatwohnung wohne?

Wenn man die Kosten des Anbaus nicht durch eine Beitragserhöhung des Studentenwerksbeitrags finanzieren würde, sondern die Kosten auf die BewohnerInnen des Wohnheim umlegen würde, müssten diese circa 1500 Euro mehr pro Jahr zahlen. Das ist selbstverständlich untragbar, nicht zuletzt, da die Studiwohnheime ja gerade für sozial schwächere KommilitonInnen und Studis mit weitem Anreiseweg (insbesondere ausländische Studierende) gebaut werden. Wenn man Studierende also an Wohnheimfinanzierung beteiligt, können diese die Last nur solidarisch tragen. Andere Möglichkeiten zur Finanzierung sind bei Studis unrealistisch bis zynisch.

4. Wer sollte Studierendenwohnungen bezahlen?

Das Land ist klar dafür verantwortlich, Steuermittel zur Ermöglichung einer möglichst breiten Hochschulbildung zu vergeben. Studis profitieren von der für sie erst kostenfreien Bildung, in dem sie später eine hochqualifizierte Position bekleiden können. Sie zahlen diesen Vorschub durch Spitzensteuersätze zurück. Das gleiche gilt für Unternehmen, die durch Steuern den Vorteil mitfinanzieren, den sie von qualifizierten MitarbeiterInnen und erbrachten Forschungsleistungen haben. Verteiler dieser Steuern ist das Land. Fehlt dem Land der politische Wille, in Bildung zu investieren, versucht man, durch Kürzung von Leistungen mehr Eigeninitiative zu erzwingen. Da eine Betonung von Eigeninitiative zu Lasten derer geht, die aufgrund verschiedener Ursachen nicht zur Elite gehören, wird gelegentlich eine schlechtere Alternative des Steuersystems verwendet: Solidarbeiträge. Zwar gehen auch diese zu Lasten der sozial Schwächeren, da diese vom sowieso weniger vorhandenen Geld proportional mehr zahlen müssen. Aber wenigstens hält sich die Beitragshöhe in Grenzen, da die Zahlungen nicht auf diejenigen beschränkt bleiben, die aufgrund ihrer Situation die bezahlten Leistungen besonders häufig in Anspruch nehmen müssen. Bei Studis, die ja noch wenig Gelegenheit hatten, außer für den Lebensunterhalt finanziell vorzusorgen, ist eine

Was ist die Vertreterversammlung?

Sie wählt im Wesentlichen diejenigen aus ihrer Mitte, die im Verwaltungsrat die Geschäftsführung des Studentenwerks kontrollieren. Mitglieder sind Vertreter der Hochschulen, für die das Studentenwerk zuständig ist, also Uni, FH, PH, BA, HfM, HfG, Akad. d. Bildenden Künste und die FH Pforzheim. Die Hochschulen haben mindestens eine student. Vertretung, je nach Größe, die Uni Karlsruhe sogar vier. Trotzdem können die studentischen Vertretungen insgesamt bei klaren Fronten die anderen Vertreter in diesem Gremium nie überstimmen.

Was ist der Verwaltungsrat?

Der Verwaltungsrat kontrolliert die Geschäftsführung des Studentenwerks, beschließt wichtige Entscheidungen wie Änderung des Semesterbeitrags der Studis und Bauvorhaben. Dem Verwaltungsrat gehören drei Vertreter der Hochschulleitungen, drei Vertreter der Studierenden, drei externe Sachverständige und ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst an. Weiterhin sind als beratende Mitglieder (mit Rederecht, aber ohne Stimmrecht) zwei Vertreter der Hochschulverwaltungen, die drei Stellvertreter der studentischen Mitglieder und der Geschäftsführer bei den Sitzungen des Verwaltungsrates anwesend.

solche Solidarfinanzierung aber eigentlich widersinnig.

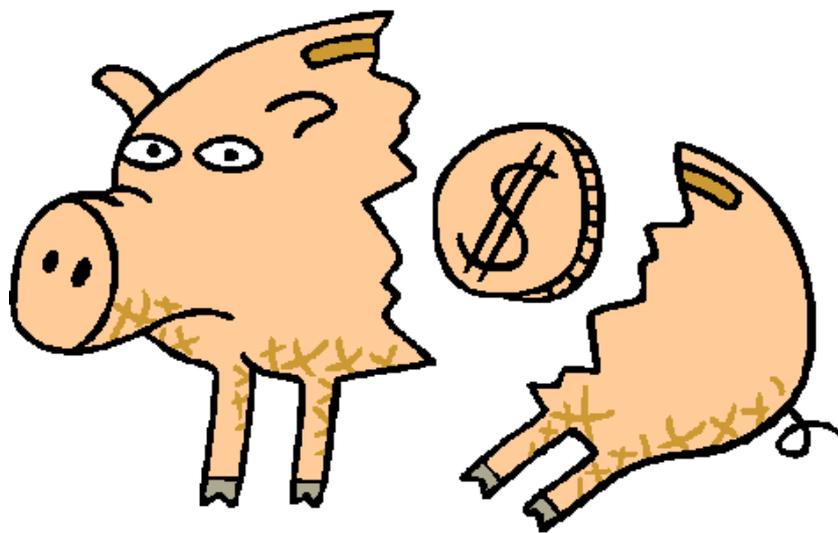
5. Wieso ist die Landesregierung verantwortlich, sie hat doch schon zu Wohnheimprojekten in Karlsruhe Zuschüsse gegeben?

In Karlsruhe wurden seit Jahren nur noch immer geringer werdende Zuschüsse und keine Grundfinanzierung mehr gewährt. Beim jetzigen Projekt verweigert das Land sogar jegliche Zuschüsse. Eine Finanzierung ist aber bei der Karlsruher Wohnungssituation unbedingt notwendig. Die Zahl der 1000 noch mindestens nötigen Wohnheimplätze stammt dabei nicht einmal von protestierenden Studis, sondern von der Regierung selbst. Obwohl also selbst die Regierung die Notwendigkeit zum Handeln erkennt, tut sie es nicht. Leider ist das wohl nicht allein durch Inkompetenz zu erklären, sondern muß schon als

mutwilliges Verhindern von Breitenbildung bezeichnet werden.

6. Sind Studierende nicht sowieso viel zu privilegiert? Ich könnte mit xxx Euro weniger auskommen!

Nicht, wenn man das Studium als Lernabschnitt betrachtet, in dem man nicht bloß stupide auswendig lernt, sondern sich auch kulturell weiterbilden möchte. Oder wenn man keine Zeit hat, vier Nebenjobs neben dem Studium zu haben, weil man sich eben auch in der Fachschaft engagieren möchte. Wenn Du aber wirklich meinst, zu viel Geld zu haben, dann spende das doch einfach den studentischen Organisationen an der Universität



(eine Beitragsmarke für Fachschaften und UStA kaufst Du ja sowieso jedes Semester).

7. Wir müssen doch nächstes Jahr sowieso mehr zahlen, nehmen wir das Geld doch daher!

Mit mehr Geld sind hier die Einschreibgebühren gemeint, die es ab nächstem Jahr geben wird. Siehe dazu die Berichte in unseren UStA-Magazinen. Dieses Geld aber - ungefähr 40 Millionen Euro jährlich - kommt ja in ganz andere Töpfe und kann nicht zum Wohnheimbau verwendet werden.

Oder möchte man etwa unter Verweis auf die Karlsruher UStrab argumentieren, daß bei diesen ungeheuren Ausgaben ja auch noch etwas Geld für die Zukunft da sein sollte (also beispielsweise für kostenfreie Kindergärten oder Bildungsinvestitionen), wird einem die grundsätzliche Stichhaltigkeit der Argumente bescheinigt; leider könne man nichts tun, da die Gelder leider aus unterschiedlichen Töpfen stammen

würden.

Im Endeffekt zahlen Studis also ab WS 2003 zwischen 50 Euro und 55 Euro mehr pro Semester. Wenn bis dahin noch keine allgemeinen Studiengebühren eingeführt worden sind. Dabei haben Karlsruher Studierende nun wirklich nicht besonders viel Geld in der Tasche - allein der Studentenwerks-Semesterbeitrag steht momentan an zweiter Stelle in der Landesstatistik, jede Erhöhung würde uns zu Spitzenreitern machen. Können wir so viel mehr verkraften als unsere KommilitonInnen in Heidelberg?

8. Zwei Bier pro Semester sind doch nicht viel?

Es ist tatsächlich eine prinzipielle Frage. Denn bei diesen fünf Euro wird es nicht bleiben - die Landesregierung kann auf jede zukünftige Anfrage im Land sagen: „Ihr wollt ein Studentenwohnheim? Dann, liebe Studis, baut es Euch doch selbst! Haben die in Karlsruhe auch gemacht. Wenn das da geht, müssen wir hier auch nichts zahlen.“ Auch wir hier in Karlsruhe müssen uns in Zukunft diese Frage wieder gefallen lassen. Schließlich fehlen nicht nur 200 Wohnheimplätze sondern ca. 1000. Und wenn wir schon die ersten 200 mitfinanzieren, warum nicht durch eine weitere Erhöhung die noch fehlenden 800 auch noch?

Man wird es uns nicht danken...

9. Wenn das Studentenwerk, die Universität, die Stadt, das Land, und Privatstiftungen schon Geld gegeben haben, müßten wir doch auch einmal herangezogen werden, oder?

Diese Frage ist eigentlich schon beantwortet - Aufgabenteilung gibt es. Die Studierenden übernehmen ihren Part aber durch Engagement, denn finanziell sind sie die Gruppe, die eben *nicht* sofort beitragen kann. Die Rückzahlung folgt dann zum Einen durch die Steuern bei der Berufsausübung. Zum Anderen zeigen ehrenamtliche Tätigkeiten im Wohnheim e.V., in den Wirtschaftskommissionen der Studentenwerks-Wohnheime und an anderen Stellen (AKK, Z10, Fachschaften/UStA, ...), daß Studierende durchaus bereit sind, auch mehr zu tun als man von ihnen erwarten dürfte.

10. Gibt es keine anderen Geldquellen?

Es gibt ein paar Finanzierungsmöglichkeiten. Die EU gibt Fördergelder unter Auflagen (aber nicht ans reiche Deutschland), die Landesbank BaWü und die Landesstiftung dürfen nichts geben (andere Töpfe...), bleiben noch Privatstiftungen, die sich durchaus engagieren. Für das „große“ Wohnheim Nancystraße hat sich aber noch niemand gefunden.

11. Sollten wir nicht den privaten Wohnungsmarkt stützen?

12. Was passiert, nachdem das Wohnheim gebaut wurde bzw. die Zinsen vollständig bezahlt wurden?

Das muß noch geregelt werden und sollte von den studentischen Gremien mit gefordert werden. Mehrere Fragen gehören geklärt. Ob das Wohnheim dank der studentischen finanziellen Beteiligung auch unter Beteiligung von Studis geführt wird, ist noch unklar. Gehört das Wohnheim dann der Studierendenschaft oder dem Studentenwerk? Weiterhin muß festgelegt werden, ob eine



Bald auch wieder in Karlsruhe: Uni-Vollversammlung

Das ist schon die letzten fünf Jahre gescheitert. Damals gab es in Karlsruhe einmal 22 000 Uni-Studis, die alle knapp eine Wohnung gefunden haben. Dass es heute bei 15 000 Uni-Studis unmöglich wird, ein Dach über dem Kopf zu finden, ist im Wesentlichen den privaten Vermietern zu verdanken. Die meisten Wohnungen, die heute von großzügigen Vermietern für die wohnungssuchenden Studis angeboten werden, sind schlicht zu teuer, da sie für Familien oder Singles mit Geld ausgelegt waren.

Beitragserhöhung nach 10 Jahren automatisch zurückgenommen wird oder gar einfach weiterläuft.

13. Gilt das Angebot der Karlsruher und Pforzheimer Studierendenschaften, die Hälfte des Beitrags zu zahlen, weiterhin?

Nein, die USten/ASSten/StuVs haben dieses Angebot in Zeitnot gemacht, um eine Beteiligung der

Landesregierung zu erreichen, die aber zunehmend unwahrscheinlicher erscheint. Gültigkeit hat in jedem Falle nur die jetzt mögliche Entscheidung der studentischen Gremien (StuPa/Uni-VV).

FAZIT:

PRO: Was spricht dafür, den Beitrag zu zahlen?

Wir haben das Versagen der Landesregierung ein wenig ausgleichen können; ein Wohnheim mehr ist eben ein Wohnheim mehr.

Die Gelegenheit zum Wohnheimbau ist günstig, da das Grundstück umsonst ist und die Baupläne schon fertig sind (können aus Pforzheim übernommen werden).

Realistisch gesehen wird die Landesregierung auf keinen Fall die Finanzierung übernehmen („when hell freezes over...“) - das Wohnheim ist damit effektiv tot.

Es ist sehr schwer legitimierbar, wenn man seit Jahren als Studi über die Wohnungsnot in Karlsruhe klagt und dann das wichtigste Wohnungsprojekt fallen lassen muß.

CONTRA: Was spricht dagegen, den Beitrag zu zahlen?

Präzedenzfall („Kauft Euch halt noch ein Wohnheim, liebe Studis“)

Verantwortlich ist Landesregierung

Trotz der studentischen finanziellen Beteiligung kein selbstveraltetes Wohnheim

Studis sind die gesellschaftliche Gruppe, wo eine finanzielle Beteiligung am wenigsten sinnvoll erscheint. Studis können sich anders einbringen.

Den Karlsruher Studis wird eine Finanzierung von 3 Millionen (!) Euro auferlegt

Und ein Kompromiss?

Ist prinzipiell möglich, „wir zahlen die Hälfte des Betrags“ ist natürlich weniger sinnvoll als „die Studierendenschaft übernimmt nach Bau Verwaltungs- und Bewirtschaftungsaufgaben“ (nach Modell Wohnheim e.V.), da eine finanzielle Beteiligung noch die prinzipiellen Bedenken gegen sich stehen hat. Wie kann ich mitentscheiden, ob wir dafür bezahlen?

Auf der Sitzung des Studierendenparlaments am 17. 12. (19.15 Uhr im RZ, die Sitzung ist wie immer öffentlich) entscheidet sich das weitere Vorgehen. Es wird auf alle Fälle eine Uni-Vollversammlung am 14.1. um 14:15h in der Mensa stattfinden, auf dem

das Vorgehen von allen Studierenden abgestimmt werden soll. Die Studierendenvertreter der Uni sind an die Beschlüsse aus StuPa und/oder Uni-Vollversammlung gebunden („imperatives Mandat“). Die Vertreter der anderen Hochschulen werden ähnliche Entscheidungsfindungsprozesse starten. Natürlich können uns die restlichen Vertreter im Verwaltungsrat jederzeit überstimmen, ein einstimmiges Votum aller studentischer Vertreter wird aber selten übergangen.

(mc/sk)

So geht Wohnheim!



Auch in Karlsruhe beteiligen sich Studierende gerne mit vollem Einsatz beim Wohnheimbau und der Wohnheimverwaltung. Ein besonders gutes Beispiel sind die drei selbstverwalteten Wohnheime Insterburg, HFK und Hadiko. Seit über 50 Jahren gibt es den Wohnheim e.V., in dem Studis diese Wohnheime selbst führen und den

Beweis liefern, daß es an studentischer Beteiligung nicht mangelt.

(mc)



The Statue of Liberty is depicted in a dark, high-contrast style, appearing as a silhouette against a black background. She is shown from the waist up, holding the torch in her right hand and the tablet in her left. A white speech bubble originates from her mouth, containing the text 'IRAK-KRIEG? NICHT IN MEINEM NAMEN!'.

IRAK-KRIEG?
NICHT IN
MEINEM NAMEN!

**STOPPPT
DEN
KRIEG**

**BEVOR ER
BEGONNEN
HAT!**

14.12.02

DEMO

12:00 Uhr Stephanplatz, Karlsruhe

FRIEDENSBÜNDNIS KARLSRUHE

Kontakt: Sabina Leidig, DGB Mittelbaden, Estlinger Str. 3a, 76137 KA, Tel. 0721/931210 oder Arno Neuber, Hansjakobweg 5, 76275 Ettlingen, Tel. & Fax 07243/3142 * <http://www.friedensbueundnis-ka.de> * e-mail: Friedensbueundnis-KA@gmx.de

FriCard!?

Die mystische FriCard kommt. Bald. Jedenfalls sind die Chancen, sie noch in diesem Jahrtausend an der Uni zu sehen, gestiegen - nein, stimmt nicht, das war cut'n'paste von 1999. Vor Weihnachten soll es soweit sein - dieses Jahr.

Für alle, die ihre vorläufigen Studiausweise noch nicht umgetauscht haben, gibt es also tatsächlich die Chance, ihre Immatrikulation zum Ausklang des neuen Jahres mit der neuen Karte nachweisen zu können.



Wer lieber noch keine Fricard haben möchte und damit allen absehbaren Anlaufproblemen aus dem Weg gehen will, sollte versuchen, noch einen alten Ausweis beim Studisekretariat zu bekommen.

Über die Nachteile und Vorteile der FriCard haben wir bereits berichtet, eine augenzwinkernde Warnung vor übertriebener Chipkartenliebe könnt ihr im folgenden Artikel lesen.

(mc)

Schöne neue Chipkartenwelt

7:00

Der Wecker klingelt. Bernadette nimmt die Karte aus dem Wecker und steht auf. Alles genau getimed, Badezimmer, Anziehen, Frühstück, Weg zur Bushaltestelle. Der Bus kommt, sie schiebt die Karte in das Lesegerät, bekommt ein »OK« und fährt zur Uni. Die Unitür öffnet sich, als Bernadette auf sie zukommt. Seit die Induktionstechnik eingeführt wurde, ist das Uni-Leben noch viel bequemer. Auch die Hörsaal tür öffnet sich wie von Geisterhand. Die Vorlesung kann beginnen.

7:00

Der Wecker klingelt. Ludwig nimmt die Karte raus und dreht sich noch mal um. Er weiß, daß es knapp ist, aber fünf Minuten kann er sich gönnen. Gerade rechtzeitig verläßt er das Wohnheim, um zum Bus zu gehen. Der Bus kommt, die Tür geht auf, Ludwig steigt ein, der Bus fährt los. Verdammt, wo ist die Karte? Nicht in der Hosentasche, nicht in der Jacke, nicht im Rucksack. Natürlich - sie liegt neben dem Wecker. Der Busfahrer lacht bei der Frage nach dem Fahrpreis und setzt Ludwig an der nächsten Haltestelle vor die Tür. Ludwig läuft zurück. Um diese Uhrzeit fahren nur Busse von den Studi-Wohnheimen zur Uni, nicht umgekehrt. Eine halbe Stunde später steht er vor der Tür des Wohnheims. Normalerweise schwingt sie auf, wenn er auf sie zuläuft. Wie bekommt man so eine Tür auf, wenn man keine Karte hat? Auf dem Display neben der Tür steht »Hausmeister zur Zeit nicht im Hause.« Er klingelt bei Bernadette. Nichts rührt sich, sie ist

nicht da. Auch sonst meldet sich niemand von seinen Bekannten auf sein Sturm klingeln. Die Vorlesungen haben bereits angefangen, wer ist dann schon noch im Wohnheim? Er drückt den letzten Knopf, den er noch nicht ausprobiert hat. L. User. Nie gehört. »Jaaaa?«

9:00

Pause. Bernadette hat Hunger. Sie geht in die Cafeteria, nimmt sich ein Brötchen und eine Tasse Kaffee, steckt die Karte in das Lesegerät und bestätigt, daß der Betrag abgebucht werden soll. Schön, daß es keine Schlangen mehr gibt, seit niemand mehr nach Kleingeld suchen muß.

9:03

Leo User kocht erst mal einen Kaffee. Er sieht verschlafen aus. »Nimm meine Karte, ich gehe heute sowieso nicht in die Uni, ich habe was besseres vor.« Ludwig zögert einen Moment. Vielleicht ist das wirklich das Beste, dann kommt er wenigstens in die Uni und kann sich heute abend um seine eigene Karte kümmern.

9:15

Die Vorlesung geht weiter. Sie ist spannend gemacht und mitschreiben braucht man auch nicht mehr, seit das Wohnheim eine Abfahrt der Datenautobahn hat. So kommt das Skript direkt ins Haus.

9:20

Im Bus schiebt Ludwig die fremde Karte in das

Lesegerät. »Strecke nicht studienrelevant. Kosten: 5,20 DM.« Er flucht und bestätigt. Wahrscheinlich hätte auch Leo längst in der Uni sein müssen, Fahrten zum reinen Vergnügen gehören schließlich nicht zum Semesterticket. Die Unitür schwingt auf. Für die Vorlesung ist es jetzt zu spät, die Zeit bis zur nächsten Veranstaltung läßt sich am besten im Rechnerraum nutzen. Die Tür geht auf, Ludwig schiebt die Karte in das Lesegerät. »Herzlich Willkommen, Leo User. Sie waren seit 27 Tagen nicht mehr eingeloggt und haben somit einen erheblichen Rückstand zu Ihren Kommilitonen. Bitte geben Sie Ihr Paßwort ein.« Ach ja, natürlich. Ludwig nimmt die Karte raus und verläßt unverrichteter Dinge den Raum. Wenigstens in die Bibliothek kann er noch gehen, da braucht man kein Paßwort.

10:05

Die Vorlesung ist zu Ende, Bernadette geht in den Rechnerraum. »Herzlich Willkommen, Bernadette Nutzer. Aufgrund Ihrer hervorragenden Leistungen und großen Zuverlässigkeit ist Ihr Stipendium um ein weiteres Semester verlängert worden. Herzlichen Glückwunsch.«

10:05

Die Tür der Bibliothek öffnet sich nicht. Auf dem Display steht »Lesefehler, bitte Karte einschieben.« Nun gut. »Auf diese Karte wurden drei Bücher ausgeliehen, die seit 11 Tagen zurückgegeben werden mußten. Mahngebühr: 33 DM. Bitte bestätigen Sie.« Ludwig bestätigt. »Die Benutzung der Bibliothek ist Ihnen erst nach Rückgabe der Bücher wieder gestattet.« Die Karte wird aus dem Lesegerät gespuckt, die Tür bleibt zu.

10:12

Bernadette freut sich über ihr Stipendium. So ein nettes Lob gibt ihr den Mut, sich gleich zur nächsten

Prüfung anzumelden. Auch das geht viel einfacher, seit es die Karten gibt: Nur ein Formular am Rechner ausfüllen, kein lästiger Gang zum Prüfungsamt mehr.

11:35

Ludwig geht zur Mensa. Er stellt sich ein schönes Menue zusammen, bestätigt die Abbuchung von der Karte und liest: »Zu geringes Guthaben auf der Karte. Bitte wenden Sie sich vertrauensvoll an die Campus-Bank, das Kreditinstitut direkt in ihrer Nähe« Das Tablett bleibt da, Ludwig geht. Auf die fremde Karte kann er nichts von seinem gut gefüllten Girokonto buchen. Zahlung mit Bargeld ist nicht mehr möglich. Er setzt sich vor die Mensa und wartet.

12:05

Bernadette trifft Ludwig vor der Mensa. Natürlich hilft sie ihrem alten Bekannten aus der Klemme, gemeinsam laden sie zwei Essen auf ein Tablett. Sie bestätigt den Betrag. Auf dem Display steht: »Warnung: Übermäßiges Essen schadet Ihrer Gesundheit. Bei wiederholter Fehlernährung wird Ihre Krankenkasse benachrichtigt.«

13:10

Ludwig geht zu seiner nächsten Vorlesung. Wieder erscheint die Meldung »Bitte Karte einschieben« auf dem Display, ohne daß sich die Tür öffnet. Er kommt der Aufforderung nach. »Sie haben diese Veranstaltung nicht belegt. Wenn sie trotzdem an ihr teilnehmen wollen, bestätigen sie die Zahlung von 150 DM Gasthörergebühr für dieses Semester. Wir möchten Sie darauf hinweisen, daß in Kürze in Hörsaal 7 eine von Ihnen belegte Veranstaltung beginnt.« Er nimmt die Karte aus dem Lesegerät.

13:20

Bernadette holt in der Bibliothek die für sie zusammengestellte Literatur ab. Alles genau auf ihre Veranstaltungen abgestimmt, alles auf dem neuesten Stand. Und so einfach kommt man dran: Karte ins Lesegerät, eine Minute warten und die Bücher kommen aus dem Lager, ohne daß man sich Gedanken machen muß, welches Buch für welche Veranstaltung geeignet sein könnte. Obenauf liegt die Liste der im Uni-Buchladen vorrätigen Bücher zu ihren Lieblingsthemen mit den aktuellen Sonderangeboten.

14:09

Ludwig steht in der Telefonzelle. Mit den letzten paar Groschen Guthaben auf der Karte ruft er seine Mutter an. Er kommt heute wohl nicht zu



ihrem Geburtstag. Er muß sich darum kümmern, wieder an seine eigene Karte zu kommen. Dann will er sich auf den Weg nach Hause machen. Er geht auf die Ausgangstür zu. Nichts bewegt sich. Er schiebt die Karte in das Lesegerät, wahrscheinlich ist das wieder so ein Lesefehler. Die Karte wird ihm entgegengespuckt, die Tür bleibt zu.

14:15

Bernadette geht zum Labor, in der ihr Praktikum stattfindet. Dank der für sie maßgeschneiderten Literatur ist sie bestens vorbereitet. Den Computerfragebogen füllt sie mit Leichtigkeit aus.

14:18

Ludwig rüttelt an der Ausgangstür, aber die absolut diebstahlsichere Stahltür bewegt sich keinen Zentimeter. Von hinten kommen zwei Männer. »Bitte kommen Sie mit!« Ludwig folgt ihnen.

14:25

Bernadettes Antestat wäre erledigt. Die Materialien für den Praktikumsversuch liegen fein säuberlich geordnet in einem Schrank, den sie mit ihrer Karte öffnet.

14:26

Die Männer gehen zur Wachstation der Uni. »Können Sie sich ausweisen?« Ludwig zückt die Karte, zögert. Ist es illegal, eine fremde Karte bei sich zu haben? Er gibt sie dem einen. »Sind Sie Leo User?« »...ja...« »Sie sind vorläufig festgenommen. Sie werden verdächtigt, eine terroristische Aktion geplant und ausgeführt zu haben.« »Nein!« »Alle Indizien sprechen dafür. Mit dieser Karte wurde sowohl ein Buch über Chipkartentechnik in der Stadtbücherei entliehen, als auch kurze Zeit darauf mehrere DIN A2-Kopien erstellt. Wir vermuten, daß es sich um die Plakate handelt, die alle Chipkartengegner dazu aufriefen, sich letzten Dienstag vor der Hauptmensa zu versammeln. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Anwesenheit Ihrer Karte von den Induktionslesegeräten der Hauptmensa festgestellt. Bei dieser Versammlung kam es zu Ausschreitungen, bei denen mehrere Lesegeräte demoliert wurden, indem mit Sekundenkleber präparierte Kartenimitationen in sie eingeführt wurden.«

18:00

Das Praktikum ist beendet. Bernadettes hervorragende Meßergebnisse sind auf die Karte gespeichert, damit sie die Auswertung zuhause vornehmen kann. Jetzt gönnt sie sich einen netten Abend im Theater, natürlich zum ermäßigten Studiotarif.

20:00

Ludwig ist müde. Seine Beine tun weh. Die Karte hat er auf der Wache gelassen, deshalb muß er die 8 km gehen. Es hat vier Stunden gedauert, bis geklärt war, daß er nicht Leo User ist. Er kommt an das Studiwohnheim. Auf dem Display an der Tür steht »Hausmeister zur Zeit nicht im Hause.« Er schaut nach oben zu Leos Fenster. Mit Fingerfarbe steht an der Scheibe »Die Realität hat unsere Phantasie längst überholt.«

Christian Kumpf



IMPRESSUM

Das **UStA-Magazin** ist ein Organ der Unabhängigen Studierendenschaft der Universität Karlsruhe. Unaufgefordert eingesandte oder vorbeigebrachte Manuskripte sind gerne willkommen, allerdings kann dafür keine Haftung übernommen werden. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich im UStA oder bei eurer Fachschaft.

Titelbild: Minister Frankenberg

Redaktion: Malte Cornils, Sabine Krieger

Artikel geschrieben: ReferentInnen des UStA (durch Kürzel markiert)

Druck: StudierendenServiceVerein SSV

Auflage: 2000

V.i.S.d.P.: Roger Huckle

UStA der Uni Karlsruhe

Adenauerring 7

76131 Karlsruhe

Tel.: 0721/608-8460

email. umag@usta.de

<http://www.usta.de>

Weihnachtsgeld: 500 Euro

Wir haben ein Haushaltsloch. Wir, das sind wir im Ländle, in Baden-Württemberg. Genauer gesagt - kaum ein UMag kommt ohne eine Würdigung dieser wichtigen Beamten aus - die Landesregierung.

Zwei Milliarden Euro sollten da sein, sind aber zwischen Flowtex und Philippsburg versandet. Deshalb müssen wir alle den Gürtel enger schnallen. Um herauszufinden, wo man so spontan am Besten die zwei Euro (und viele Nullen) jemandem wegnehmen kann, gibt es Prüfanträge. Da steht dann beispielsweise drin: „Guckt mal, ob wir nicht die Tabaksteuer erhöhen können“ oder „Vielleicht sollten wir eine Studentensteuer einführen“. Ersteres hat Kollege Schily schon gemacht, um die Terroristen einzusammeln, bleibt also die zweite Idee.

Nachlaufende Studiengebühren

So kommt also das FDP-Konzept der nachlaufenden Studiengebühren aus der Schublade heraus. 500 Euro pro Semester, soviel sollte uns doch so ein Studium schon wert sein. Die 5000 Euro nach dem Diplom kann man dann ja von seinem ersten Gehalt bezahlen.

Zu dumm, daß rot-grün Studiengebühren in Deutschland verboten hat. Aber Baden-Württemberg wird dagegen klagen, so in zwei Jahren könnte sich dann auch entscheiden, ob man doch Studiengebühren einführen darf.

Einziges Wermutstropfen ist, daß das Haushaltsloch jetzt und nicht erst in zwei Jahren gestopft werden muß. Zu dumm auch, daß man vor zwei Wochen versprochen hat, daß man keine Einführung von Studiengebühren plane - schließlich muß ja erst einmal abgewartet werden, was das Bundesverfassungsgericht zu den Immatrikulationsgebühren so zu sagen hat. Ein Urteil ist vor Weihnachten zu erwarten - Weihnachtsgeschenk oder nicht.

Zu dumm ebenso, daß manche Studis sich Studiengebühren gar nicht leisten können. Ärgerlich, dass sich die Studierendenvertretungen in Baden-Württemberg aus diesem Grund geschlossen gegen Studiengebühren aussprechen. Boshaft könnte man

behaupten, solange Geld für eine UStrab da ist, sollte man nicht an der Bildung sparen. Aber da würde in den Regierungskreisen schon keiner mehr zuhören.

Fazit

Das Fazit? Einige sagen, den Protest gegen Studiengebühren kann man sich sparen, die kommen so oder so. Das sagen sie aber schon seit 15 Jahren. Es hilft aber hin und wieder doch, dem unwissenden Landeschef klar zumachen, daß Studis nicht gerade die reichste Bevölkerungsgruppe darstellen und sich auch als Melkkuh der Nation nicht gut machen.

Hoffen wir also, daß Minister Frankenberg sich - so wie wir - zu Silvester ein studiengebührenfreies 2003 wünscht. Und daß dieser fromme Wunsch zur Abwechslung länger hält als bis Neujahr.

(mc)



Landes-ASTen-Konferenz über Gebührenpläne des Landes aufgebracht

Die Landes-ASTen-Konferenz Baden-Württemberg tagte am Sonntag, den 1. Dezember 2002, in Mannheim. Studentische VertreterInnen aller Landeshochschulen befassten sich mit der aktuellen hochschulpolitischen Lage. Dominierendes Thema waren die neuesten Sparszenarien der Landesregierung.

Angesichts der desolaten Haushaltslage tagte die ausschließlich aus Vertretern der Regierungsfractionen CDU und FDP bestehende Haushaltsstrukturkommission, um Einsparmöglichkeiten zu empfehlen. Eine Umsetzung der dort ausgearbeiteten Prüfaufträge würde auch für den Hochschulbereich drastische Einschnitte bedeuten, denn es gibt die Empfehlung, die Einführung von nachlaufenden Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester zu prüfen. Auch die Umwandlung der Landeshochschulen in Stiftungen wird in Betracht gezogen.

Obwohl Wissenschaftsminister Frankenberg mehrmals dementierte, wird sich sein Ressort nun auch offiziell mit nachlaufenden Studiengebühren befassen müssen. Landes-ASTen-Koordinator Jesko Splittgerber: "Die Haushaltsstrukturkommission spielt die Rolle des Erfüllungsgehilfen für Frankenberg perfekt. Nachdem er seit Längerem angekündigt hat, gegen die 6. HRG-Novelle klagen zu wollen, liefern ihm nun vermeintliche finanzielle Sachzwänge den Anlass, seine an den Prinzipien von Deregulierung und elitärer Bildung orientierte Politik konsequent fortzusetzen."

Die Landes-ASTen-Konferenz Baden-Württemberg bekennt sich hingegen weiterhin zum freien Bildungszugang und zur staatlichen Verantwortung für die Finanzierung des Bildungswesens. Auch Studiengebühren, die nach dem Studium zahlbar sind, lösen das Problem der sozialen Selektion nicht. Bereits jetzt haben Studierende aus sozial schwächeren Schichten nach ihrem Studium erhebliche Beträge aus dem in Anspruch genommenen BAföG zurückzuzahlen.

Die Aussicht auf eine zusätzliche Verschuldung über Studiengebühren würde die Motivation, ein Studium aufzunehmen, beträchtlich herabsetzen. Da nachlaufende Studiengebühren als ein Darlehen zu betrachten sind, mit dessen Verzinsung zu rechnen ist, haben Studierende aus finanzkräftigen Haushalten den Vorteil, bei sofortiger Zahlung der Gebühren finanziellen Vorteil zu ziehen, was die bereits bestehende Ungleichheit bei Bildungschancen zusätzlich verschärfen würde. Die geplante Wiedereinführung der seit 1998 ausgesetzten Rückmeldegebühren bedeutet eine weitere Sparmaßnahme des Landes.

Nach der erfolgreichen Klage gegen die Gebühr vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim ist das Urteil des Bundesverfassungsgericht in den nächsten Tagen zu erwarten. Die Rückmeldegebühren stellten bei ihrer Einführung den ersten Schritt zu allgemeinen Studiengebühren dar, man erhoffte sich durch sie eine zunehmende Akzeptanz des gebührenpflichtigen Studiums. Es dauerte nur kurze Zeit, bis mit den sogenannten „Langzeitstudiengebühren“ diese Politik fortgesetzt wurde.

Mit den Rückmeldegebühren sollte jedoch auch eine zusätzliche Einnahmequelle für die Deckung von Defiziten im Landeshaushalt erschlossen werden, auf die das Land auch bei der jetzigen katastrophalen Haushaltslage nicht verzichten will. „Die Vorstellung der Landesregierung, die Gebühren über eine Änderung des Gesetzestextes erneut einzuführen, ist skandalös,“ so Splittgerber.

Auch die Umwandlung von staatlichen Hochschulen zu Stiftungshochschulen ist Thema eines Prüfauftrags an das Ministerium. Indem sich das Land weiter aus der Finanzierung der Hochschulen zurückzieht und somit den Einfluss privater Finanzierer auf das Hochschulwesen verstärkt, wird Bildung auf eine bloße Ware reduziert. Durch das Stiftungsmodell, wie es derzeit bereits in Niedersachsen angelaufen ist, sind die Hochschulen angehalten, sich vermehrt über Studiengebühren und Gelder aus der Wirtschaft zu finanzieren. Dies wird die soziale Selektion im Bildungswesen verschärfen und die Hochschulen ihr Studienangebot verstärkt an wirtschaftlichen Interessen ausrichten lassen.

Die Landes-ASTen-Konferenz wird auf ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen die aktuellen Sparvorschläge setzen. Nicht nur die Studierenden des Landes sind von den aktuellen Entwicklungen betroffen. Beispielsweise wird auch über die Nichtbesetzung von 380 LehrerInnenstellen spekuliert. Die Bevölkerung wird eine Entwicklung nicht länger einspruchslos hinnehmen, die sich auf Dauer nicht nur bildungs-, sondern auch sozialpolitisch rächen wird.

Jesko Splittgerber für die Landes-ASTen-Konferenz Baden-Württemberg

Die Bahn auf dem Abstellgleis

Ab 15. Dezember gelten die neuen Tarife der Deutschen Bahn AG. Die gravierendste Änderung dürfte die Halbierung des BahnCard Rabatts sein. Aber es gibt auch noch etliche andere Änderungen, die ab Mitte Dezember gelten.

Doch sind diese Veränderungen dazu geeignet die Bahn fürs neue Jahrtausend fit zu machen? Die BahnCard als „Rabattmarke“ auf alle Fahrten mit DB Zügen suchte bisher seines Gleichen. Mit einem jährlichen Obulus konnte mensch 50% der Fahrtkosten sparen.

Nun plant die Bahn diese Vergünstigungen auf nur noch 25% zu senken, zwar sinken im Gegenzug auch die Kosten für die BahnCard um die Hälfte, aber besonders Jugendliche kommen dabei schlecht weg. Bisher gab es die BahnCard Junior für die Hälfte des Erwachsenenpreises, mit den selben Vergünstigungen.

Mit dem neuen Tarifsystem fällt die BahnCard Junior ersatzlos weg. Für Jugendliche und junge Studierende heisst das, gleichviel zahlen, aber weniger Rabatt erhalten. Das StuPa hat in diesem Zusammenhang gefordert, dass eine verbilligte BahnCard auch im neuen Tarifsystem eingeführt wird. Der studentische Dachverband fzs geht sogar noch weiter und fordert für Jugendliche, Auszubildende und Studierende generell eine Ermässigung um 50%.

Was gibt es noch? Fahrten mit mehreren Personen werden billiger. Mitfahrer zahlen ab 15. Dezember nur noch die Hälfte. Buchen im Vorraus senkt den Fahrpreis. Je eher man sich für eine bestimmte Fahrt (festgelegter Zug mit Hin- und Rückfahrt) entscheidet, desto billiger kann es werden. Der Haken: nur 10% der Tickets können verbilligt erworben werden, sind sie weg, hat mensch Pech.

So waren die Tickets für die Weihnachtstage auf den belebten Strecken schon wenige Stunden nach

Beginn des „Vorverkaufs“ Mitte November ausverkauft. Positiv zu vermerken gibt es, dass Rabatte aufeinander angerechnet werden können. Aber: Zug verpasst, andere Route, Termin dazwischen gekommen ... Umbuchen wird richtig teuer. Mit 45 EUR grenzt das schon fast an Wegelagerei.

Für das Geld kann man einen Schalterbeamten sicherlich mehrere Stunden bezahlen, und so langsam sind nicht einmal die Angestellten der Bahn. Weiterhin gibt es noch etliche Änderungen, Abschaffungen, Neuerungen im neuen Tarifsystem, die so vielfältig und unübersichtlich sind, dass mensch beim Kartenkaufen bei vier Schalterbediensteten mindestens sechs Antworten bekommt.



Allgemein kann man bemerken, dass Familien mit Kindern in Zukunft billiger fahren können, was vielleicht ein paar zum Umsteigen auf die Bahn bewegen kann. Doch werden es genug sein, um die, die abwandern, auszugleichen?

Eher unwahrscheinlich. Geschröpft und zur Kasse gebeten werden die Einzelreisenden, Vielfahrer, Pendler, Spontanfahrer. All jene, die bisher die treuesten Kunden der Bahn waren, genau diese werden vor den Kopf gestossen und verprellt. Bahnfahren wird weniger flexibel und damit als Konkurrenz zum Auto noch weniger attraktiv.

Es wäre nicht das erste Mal, dass ein Transportunternehmen durch zu wenig Flexibilität unbeliebt wird und Kunden verliert. In den achziger Jahren versuchte Greyhound in Amerika mit einem ähnlichen

Reservierungssystem wie jetzt die Deutsche Bahn erfolglos, Kunden zu gewinnen. Erst als die Reservierungspflicht aufgehoben wurde und Busse flexibler eingesetzt wurden, konnten Gewinne eingefahren werden.

Bleibt nur zu hoffen, dass die Verantwortlichen die Weichen doch noch auf Zukunft stellen können und nicht weiter Richtung Gleisende rasen.

(rth)

PS: Die Bahn möchte sich der Debatte stellen, für eine Diskussion an der Uni haben wir eine Referentin organisiert. Siehe Rückseite!

Führung durch das Kernkraftwerk Philippsburg

Etwa 25 Teilnehmer besuchten am 18. November eine vom UStA-Ökoreferat veranstaltete Führung durch das Kernkraftwerk Philippsburg.

Sie begann mit einer Einführung, bei der ein langjähriger technischer Mitarbeiter des Kernkraftwerkes genau die Maßnahmen zur Messung von Radioaktivität in der Umgebung erläuterte. Sie schließen auch die Beobachtung des erzeugten Fleisches auf einem nahe gelegenen Bauernhof ein. Danach wurde in mehreren Filmen erklärt, wie das Atomkraftwerk aufgebaut ist und funktioniert: In Philippsburg gibt es einen Block mit einem Druckwasserreaktor und einen Block mit einem Leichtwasserreaktor. Aufgrund der Ereignisse vom 11. September 2001 konnte die Gruppe die Leitzentrale des KKW leider nicht besichtigen und auch nicht in den Reaktorraum hineingehen. Dort sind die Kernelemente in einem Wasserbad, das die radioaktive Strahlung abschirmt, eingetaucht. Es wurde aber das Maschinengebäude begangen und der beeindruckend große Kühlturm. Danach gab es eine kleine Stärkung und weitere Filme, die unter anderem die Widerstandsfähigkeit des Castor-Behälters demonstrieren sollten: Er wurde mit einem Hubschrauber auf 400 Meter Höhe gehievt und fallen gelassen. Der Behälter überlebte den Sturz ohne relevante Schäden.

Wie sicher ist Kernenergie?

Bei der Führung durch das KKW Philippsburg schien die Sicherheitstechnik überzeugend durchdacht. Doch zeigen viele Beispiele, dass selbst die sicherste Technik nicht vor den Fehlern der Menschen, die sie bedienen, schützt: In Biblis kommt es im Dezember 1987 zu einem äußerst gefährlichen Leck im Primärkreislauf des Kühlsystems, verursacht durch das Betriebspersonal.

Mag die Technik perfekt sein — die Menschen, die sie bedienen, sind es nicht

Im amerikanischen Harrisburg kommt es 1979 zum Verlust von Kühlwasser, einer Reaktorüberhitzung, zum Schmelzen eines Teils des Brennstoffes. Eine sich bildende Wasserstoffblase explodiert glücklicherweise nicht.

1999 befüllen Arbeiter im japanischen Tokaimura einen Tank mit 16 Kilo Urangemisch statt der vorgeschriebenen 2,3 Kilo. Eine unkontrollierte Kettenreaktion verstrahlt drei Arbeiter schwer, zwei davon sterben qualvoll. Mehrere Hundert Arbeiter aus der näheren Umgebung werden verstrahlt.

Auch bei der Philippsburger Pannenserie im letzten Jahr kam ein mangelndes Verantwortungsbewusstsein des Betriebspersonals ans Licht: Die Kraftwerksbelegschaft verstieß 17 Jahre gegen die Sicherheitsvorschriften und die Betreiberfirma hatte dies verschwiegen.

Um ein absolut greifbares Problem der Kernenergienutzung zu erleben, muss man nicht in die Zukunft blicken: Im französischen La Hague und

im englischen Sellafield wird deutscher Atommüll wiederaufgearbeitet. Es ist auch uns zuzuschreiben, dass täglich in La Hague 1,5 Millionen Liter und in Sellafield 9 Millionen Liter radioaktives Abwasser in die See gepumpt wird! Und der Umstand, dass in La Hague das Leukämierisiko drei mal höher, in Sellafield gar 10 mal höher ist als im Landesdurchschnitt, wirft die Frage auf,

Verursacht deutscher Atommüll Leukämie bei französischen und englischen Kindern?

ob billiger Strom für viele wirklich wichtiger ist als die Gesundheit und das Leben einiger ausländischer Kinder. Zwar sind ab dem 1. Juli 2005 keine Transporte mehr zur Wiederaufarbeitung zulässig, bis dahin könnte jedoch noch einmal ein Drittel der bisherigen Menge ins Ausland geschafft werden. Und die Wiederaufarbeitung geht auch dann noch Jahre weiter, nämlich mit den bis zu dem Zeitpunkt angesammelten Atommüllbergen.

Gerne wird darauf hingewiesen, dass Deutschland die „sichersten Kernkraftwerke der Welt“ hat. Lieber sollte man doch die russischen KKW ausschalten. Den aufstrebenden Zweitweltländern klar zu machen, dass sie keine Kernkraft nutzen dürfen, während die gutväterlichen Weststaaten dies jedoch tun, ist unmöglich.

Südasiens-Expertin Citha D. Maaß von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin: „Bedingt durch das Trauma jahrhundertelanger kolonialer Besetzung, ist es eine nationale Obsession, immer

noch als zweitklassig zu gelten. Für viele Inder ist es ein Quell unbändigen Stolzes, dass ihr Land fähig ist, diese Hochtechnologie zu beherrschen.“

Die Nutzung der Kernenergie in Europa und den USA wird technologisch weniger versierten Ländern als Rechtfertigung für ihre gefährlichen Programme dienen, solange wir sie weiterführen.

Von der friedlichen Nutzung der Kernenergie ist es nur ein kleiner Schritt zur militärischen. Ein Spitzenpolitiker aus Japan, wo Atomwaffen in der Verfassung verboten sind,

Von der friedlichen zur militärischen Nutzung ist es nur ein kleiner Schritt

drohte im April einem chinesischen Offiziellen: Dank seiner 54 im Betrieb befindlichen und 23 im Bau befindlichen oder geplanten KKW habe Japan „genug Plutonium, um über Nacht 3000 bis 4000 nukleare Gefechtsköpfe herzustellen.“

Auch die Gefahren, die durch die Angriffe auf berühmte amerikanische Gebäude mit gekaperten Flugzeugen allen sichtbar wurden, dürfen nicht verharmlost werden. Biblis, Brunsbüttel, Philippsburg, Stade und Obrigheim würden nicht mal einen Kampfjet aushalten, keines könnte einem großen Passagierflugzeug widerstehen.

Eine weitere ungeklärte Frage wird die Entsorgung bleiben: Zwar war sich der EnBW-Mitarbeiter, der unsere Führung leitete, sicher, dass die Entsorgung in Deutschland technisch absolut gefahrlos wäre. Doch sind noch viele sicherheitstechnische Fragen

ungeklärt: So weisen Wissenschaftler darauf hin, dass ein „strenger Langzeitsicherheitsnachweis nicht bis zu dem Zeitpunkt geführt werden kann, zu dem die radioaktiven Abfälle keine Gefahr mehr darstellen; dieser Zeitraum kann jenseits von mehreren zehn Millionen Jahren liegen.“

Wer garantiert Sicherheit für Millionen von Jahren?

Veränderungen der Erdkruste über so lange Zeiträume sind nicht mehr zu prognostizieren.

Ein auch bspw. in den USA und der Schweiz diskutierter Aspekt ist die Rückholbarkeit der radioaktiven Abfälle. Nur wenn die Abfälle rückholbar sind, können zukünftige Generationen eigenverantwortlich mit dem Atommüll verfahren, sei es im Sinne einer sichereren Entsorgung oder aber auch zu einer Nutzung der in den Brennelementen enthaltenen Ressourcen.

Wie lange werden die Menschen, die in der Nähe eines Endlagers leben, noch wissen, dass unter Ihnen Stoffe lagern, die tödliche Wirkung entfalten können? Wird man es in 100 Jahren noch wissen? Sicher, doch in 1.000 Jahren? Fraglich. Könnte es sein, dass die Menschen in 10.000 Jahren auf das Gorlebener Salz zugreifen wollen und nicht mehr wissen, dass dort strahlender Müll eingeschlossen ist? Wie kann man ausschließen, dass in ferner Zukunft ahnungslos Erkundungsbohrungen in ein Endlager hineingetrieben werden?

Umstritten ist auch die sogenannte Kritikalitätssicherheit der Endlagerung. Während einige Studien zu dem Ergebnis kommen, dass eine sich selbst erhaltende Kettenreaktion in der Nachbetriebphase des Endlagers „extrem unwahrscheinlich“² ist, bezweifeln andere dass deren Verhinderung mit technischen Mitteln überhaupt sichergestellt werden kann.

Ein weiteres Problem der Endlagerung ist Gasbildung: Bei schwach- und mittelaktiven Abfällen entstehen Gase durch die anaerobe Korrosion von Metall, durch die Zersetzung der organischen Bestandteile der Abfälle und durch die Zersetzung von Materialien durch radioaktive Strahlung. Es können auch gesteingebundene Gase freigesetzt werden. Die Gasbildung kann einen hohen Druck aufbauen, der zu Risse in dem Gestein führen und damit einen Wassereintritt begünstigen kann.

Eine Frage der Verantwortung zukünftigen Generationen gegenüber

Doch gegen diese Zweifel stellen Kernkraftbefürworter Naturbeobachtungen: So sind die Salzstöcke in Norddeutschland, zu denen auch das





Führung bei Würth Solar

Das Ökoreferat veranstaltet eine Führung durch die moderne Solarzellenfabrik von Würth Solar in Marbach am Neckar.

Sie findet statt am 14. Januar. Anmelden kann man sich online auf den Seiten des Ökoreferats unter <http://www.usta.de/>.

potentielle Endlager Gorleben zählt, seit ihrer Entstehung im Trias vor etwa 200 Mio. Jahren mehrfach überflutet worden, haben auch Eiszeiten überdauert und dennoch ist nie Wasser in den Salzstock eingedrungen. Es ist jedoch schwierig die korrekte Übertragung der Beobachtungen zwischen verschiedenen Orten zu garantieren, denn Besonderheiten der jeweiligen Standorte müssen korrekt einbezogen werden. Dass menschliche Störungen der Natursysteme hierbei nicht erfasst werden, liegt auf der Hand.

Angesichts des enormen Gefährdungspotentials von Kernkraftwerken während ihres Betriebes und danach ist die kurzsichtige Forderung nach deren billigem Strom abzulehnen.

Es ist das Gegenteil von Generationengerechtigkeit, wenn wir uns an (kurzfristig) billigem Atomstrom erfreuen, während noch tausende von nachfolgenden Generationen von dem strahlenden Müll unserer Bedenkenlosigkeit gefährdet werden. Deshalb ist die Politik gefordert, keinesfalls hinter die im Atomkonsens getroffenen Vereinbarungen zurückzufallen. Darüber hinaus müssen wirtschaftliche Privilegien der Kernkraftwerksbetreiber wie die unzureichende Haftpflichtversicherung und die freie Verfügungsgewalt über die Rückstellungen abgeschafft werden. Die Stromverbraucher müssen ihre persönliche Verantwortung wahrnehmen und ein Zeichen setzen, indem sie auf [2]grünen Strom umstellen.

Leider wird durch die im Atomkonsens vereinbarten Restlaufzeiten die bereits bestehende Menge Atom Müll nochmals etwa verdoppelt!

(hb)

Quellen:

1. Bundesumweltministerium: „Sicherheitstechnische Einzelfragen zur Endlagerung“; November 2001
2. Bundesumweltministerium: „Manche Visionen von gestern sind heute Müll - Infomappe zu Atomtransporten und Atomausstieg“; November 2002
3. Greenpeace Magazin 5/2002
4. Gesellschaft für Nuklearservice mbH (GNS); geladen im November 2002 von www.endlagerung.de; (GNS mehrheitlich im Besitz von E-On und RWE)
5. Greenpeace: Stellungnahme zum Atomgesetz; August 2001
6. Bild „Manche Visionen ...“ ist das Deckblatt von Quelle 2
7. Bild mit Atom-Totenkopf ist das von Greenpeace proklamierte neue „Atomkraft - Nein danke!“-Zeichen

Der AK Menschenrechte informiert:

Nigeria Miss World Wahl

Vor zwei Wochen führte die geplante Wahl der Miss World in der Hauptstadt Abuja zu Protesten wütender Muslime. Die Unruhen waren ausgebrochen, nachdem eine große Tageszeitung einen Artikel veröffentlicht hatte der folgende Formulierung enthielt: „Der Prophet Mohammed hätte sicherlich keine Probleme mit der Wahl der Schönheitskönigin gehabt. Er hätte sich vermutlich, ganz ehrlich, die schönste Frau von denen ausgesucht.“ Wenige Tage später wurde das Redaktionsgebäude, trotz öffentlicher Entschuldigungen, niedergebrannt. In der Stadt Kaduna im Norden Nigerias wurden bei Protesten mehr als hundert Menschen getötet und Hunderte verletzt. Inzwischen musste die für den 7. Dezember geplante Miss World Wahl kurzfristig verlegt werden.

Nigeria - Ein demokratisches Land

48 Prozent der Bevölkerung Nigerias sind Muslime und leben vorwiegend im Norden des Landes, während die Christen, deren Bevölkerungsanteil 34 Prozent ausmacht, sich überwiegend im Südosten des Landes konzentrieren. Schon seit den Anfängen der Unabhängigkeit in den 60er Jahren beeinträchtigen ethnische und religiöse Differenzen die gemeinsame Föderation. An den Ereignissen um die Miss-Wahl kann man erkennen, dass die junge Demokratie noch auf sehr wackeligen Beinen steht. (Seit 1999 regiert die Demokratischen Volkspartei das Land.) Nigeria konnte im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten durch seine Erdölvorkommen zu Reichtum und Einfluss gelangen und besitzt die größte Armee in ganz Afrika. Das Land ist u.a. Mitglied in den Vereinten Nationen, dem Commonwealth of Nations und der OPEC. 2001 hat Nigeria das UN-Übereinkommen gegen Folter und

andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen oder Strafen unterzeichnet. Um so schockierender sind die Nachrichten, dass nach wie vor Scharia-Gerichte in diesem Land die Todesstrafe durch Steinigung verhängen.

Öffentliche Proteste retten Leben

Im Oktober 2001 wurde im Bundesstaat Sokoto die 30-jährige Safiya Hussaini zum Tod durch Steinigung verurteilt. Sie wurde des Ehebruchs für schuldig befunden und nach einem Gesetz verurteilt, das gegen internationale Menschenrechtsstandards verstößt. Ihr wurde zur Last gelegt, schwanger zu sein, obwohl sie nicht mehr verheiratet war. Dieser Richterspruch rief weltweites Entsetzen hervor. Internationaler Druck konnte Safiya Hussainis Leben retten. Durch intensive Unterstützung vieler verschiedener Menschenrechtsorganisationen hat Safiya Hussaini viel Rückhalt gespürt und so Mut bekommen, vor dem Scharia-Berufungsgericht des Bundesstaats Sokoto Widerspruch gegen ihre Verurteilung zu erheben. Im Verlauf der Verhandlung um Safiya Hussaini hatte sich der nigerianische Justizminister zu Wort gemeldet und die Scharia ausdrücklich für verfassungswidrig erklärt. Im Dezember gab er dann der öffentlich bekannt, dass die Hinrichtung Safiya Hussainis nicht stattfände. Safiya Hussaini wurde schließlich aus formellen Gründen begnadigt - drei Tage nachdem Amina Lawal verurteilt wurde.

Amina Lawal droht die Steinigung

Amina hat ihre Tochter mehr als neun Monate nach ihrer Scheidung zur Welt gebracht und wurde deshalb wegen Ehebruchs angeklagt. Nach dem islamischen Scharia-Recht wird dieses Vergehen mit Steinigung geahndet. Bei Frauen gilt die Schwangerschaft als Beweis für einen Ehebruch. Im Alter von 14 Jahren wurde Amina verheiratet. Sie hat nie eine Schule besucht. Bei ihrem ersten Gerichtsverfahren hatte sie keinen Rechtsbeistand. Danach gelang es ihr jedoch mit Hilfe nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen, Einspruch gegen das Urteil zu erheben. Daraufhin wurde auch die Vollstreckung der Strafe verschoben. Die junge Mutter darf noch knapp zwei Jahre bei der inzwischen neun Monate alten Tochter Wasila leben, um sie noch stillen zu können. Im Januar 2004 jedoch müssen Amina Lawals Angehörige sie zur Hinrichtung führen. Dann droht der nach zivilem Recht unschuldigen Frau, was Menschenrechtler als eine der menschenverachtendsten Formen der Hinrichtung bezeichnen: Sie würde solange mit Steinen beworfen bis sie tot ist. Wie es Sitte ist, wird ihr Vater den ersten Stein werfen...

Scharia

Die Scharia, das islamische Gesetz, wird im Westen vor allem dann wahrgenommen, wenn in einem moslemischen Land drakonische Strafen gegen Leib und Leben verhängt werden. Dabei ist sie weit mehr als ein Strafgesetz. Sie regelt auch das religiöse, soziale und politische Leben der Muslime. Scharia bedeutet auf arabisch nichts anderes als ‚Gesetz‘. Zurückgeführt wird sie auf Allah als obersten Gesetzgeber aller Muslime. Da der Islam keinen Unterschied zwischen der Gemeinschaft aller Muslime, der ‚Umma‘, und dem Staat macht, ist die Scharia religiöses und staatliches Recht zugleich. Dieser Anspruch wird jedoch nur in den wenigsten islamischen Ländern auch eingelöst. Fast alle moslemischen Staaten verfügen über ein kodifiziertes, vom Staat aufgestelltes Rechtssystem aus Zivil- und Strafrecht. Dort ist die Scharia vor allem religiöses Recht und wird vor allem in Familienangelegenheiten herangezogen. Die sogenannten Scharia-Gerichte sind auch in der nigerianischen Justizhierarchie verankert. Es handelt sich dabei aber um niederinstanzliche Gerichte. Dennoch besitzen sie die Befugnis, Todesurteile zu verhängen, was zuvor allein den Oberen Gerichten vorbehalten war. Außerdem dürfen diese Gerichte islamische Rechtsgrundsätze eigentlich nur in zivilrechtlichen oder Personenstandsfragen anwenden.

Handeln - Auch Du kannst helfen

Wer gerne noch mehr erfahren möchte, ist herzlich eingeladen zu unserem Stand in der Mensa am Donnerstag, den 12.12.02 (12-14 Uhr) zu kommen. Hier liegt auch eine Unterschriftenliste aus, um gegen die Steinigung von Amina Lawal denselben Protest zu organisieren, der Safiya Hussaini das Leben gerettet hat.

Francoise Baernreuther

Termine

12.12. Informationsstand des AK Menschenrechte von 12:00h-14:00h im Mensa-Foyer

12.12. Winterfest der FS Mach/CiW

12.12. Irland Schlonz

13.12. Winterfest der FSen Bio/Geo und Chemie

14.12. Demo gegen den Irakkrieg, organisiert durch das Friedensbündnis Karlsruhe

17.12. Winterfest der FS Etec

17.12. Tom & Jerry-Festival des AFK im HMO

17.12. Winterjam Schlonz

17.12. 19:15h StuPa-Sitzung im Rechenzentrum

18.12. Frauenweihnachtsfeier (s. u.)

18.12. 17:30h Bahncard-Diskussion mit Vertreterin der DB, im Hörsaal der Bauingenieure (10.50)

18.12. Eulenfest der FS Math/Inf

19.12. Märchenschlonz

14.01. Uni-Vollversammlung!

Und wie immer sind Dienstag und Donnerstag AKK-Tage, montags, mittwochs und freitags Z10-Tage. Viel Spaß!



*Wir laden alle Studentinnen
am 18.12. um 19 Uhr ein zur hochhoffiziellen*

Frauen-Weihnachtsfeier

(in den Räumen des UStA)

Viele Grüsse, Eure UStA-Referentinnen

usta.